

Kern: Unwürdige Praxis der Sommerferien-Arbeitslosigkeit verbietet sich während der Pandemie

Lernbrücken der Landesregierung sind noch lange nicht so tragfähig, als dass man auf die betroffenen Fachkräfte verzichten könnte.

Zur Meldung, dass auch die neue Kultusministerin Referendare und Vertretungslehrkräfte in unbezahlte Sommerferien schicken will, sagte der schulpolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Gerade in der schwierigen Situation während der Pandemie verbietet sich die unwürdige Praxis, angehende und angestellte Lehrkräfte in die Sommer-Arbeitslosigkeit zu entlassen. Es ist töricht, diese fragwürdige Tradition trotz des Wechsels an der Spitze des Kultusministeriums fortzusetzen. Man kann doch als Landesregierung nicht einerseits feststellen, dass man zur Bewältigung der Lernrückstände bei den Schülern Tausende zusätzliche Lehrkräfte benötigt, um andererseits die Referendare und wohl die meisten Vertretungslehrkräfte planlos in die Untätigkeit zu schicken. Die Lernbrücken der Landesregierung sind noch lange nicht so tragfähig, als dass man auf die betroffenen Fachkräfte verzichten könnte, deren Motivation und das Bedürfnis an Planungssicherheit man mit dieser unsäglichen Praxis untergräbt. Seit vielen Jahren tritt die FDP/DVP Fraktion dafür ein, einerseits das Referendariat um die Zeit der Sommerferien zu verlängern und andererseits den Schulen vor Ort ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Beschäftigungsverhältnisse auch ohne Sommerferien-Entlassung möglich sind. Im Sinne einer Bildungsgarantie fordere ich die Kultusministerin auf, die Fachkräfte keinesfalls in unbezahlte Sommerferien zu entlassen, sondern deren Potential gezielt für die Lernbrücken zu nutzen.“